



Das in die Jahre gekommene Hauptgebäude des Augsburger Universitätsklinikums soll durch einen Neubau ersetzt werden. Dieser soll westlich des Bestandsgebäudes errichtet werden – und damit zu einem Großteil auf dem Areal des Klinikparks sowie auf den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen. Foto: Imago, Alexander Rochau

Standortprüfung bereits abgeschlossen?

Schreiben des Ministers legt nahe, dass „Ergebnisoffenheit“ für Klinikneubau der Vergangenheit angehört

Von Janina Funk

Augsburg – Bis Ende des kommenden Jahrzehnts soll in Augsburg ein neues Großkrankenhaus gebaut werden. Doch noch ist fraglich, wie sicher die Finanzierung des Milliardenprojekts ist. Der Standort für das neue Universitätsklinikum scheint indes klar: Westlich des aktuellen Hauptgebäudes, und damit zu einem Großteil auf dem Areal des Klinikparks, soll der Neubau entstehen. Der Bund Naturschutz und einige Augsburger Stadträte fordern, auch das Gebiet östlich des Bestandsgebäudes in den Fokus zu nehmen. Sie kündigen rechtliche Schritte an. Für zusätzliche Brisanz sorgt ein Schreiben von Wissenschaftsminister Markus Blume.

Seit den frühen 1980er Jahren ist das Krankenhaus in Betrieb. In welchem Zustand die Gebäudetechnik und die Substanz des Baus sind, machte jüngst Michael Bungarten, kaufmännischer Direktor der Uniklinik, im Augsburger Stadtrat deutlich. „Wir können nicht garantieren, wie lange dieses Gebäude noch so funktioniert, wie jetzt“, sagte Bungarten. Es müsse „so schnell wie möglich“ gebaut werden.

Das will auch der Bayerische Wissenschaftsminister Markus Blume. Innerhalb des Kabinetts gibt es jedoch Kritik an

den immensen Kosten, die durch den Bau einer neuen Universitätsklinik auf den Freistaat zukommen werden. In den nächsten Wochen will sich die Staatsregierung mit der Finanzierung befassen.

Die Augsburger Stadtpolitik hat derweil in der vergangenen Woche den Weg für das weitere Genehmigungsverfahren freigemacht. Die Mehrheit des Stadtrats, der Freistaat und die Vertreter des Uniklinikums favorisieren einen Neubau im Westen. Dafür müsste allerdings der dortige, über sieben Hektar große Krankenhauspark weichen.

Blume-Brief setzt der „Ergebnisoffenheit“ ein Ende

Der Bund Naturschutz und einige Stadträte üben deutliche Kritik am geplanten Kahl Schlag, dessen Auswirkungen nur unzureichend geprüft worden seien, und an der „Vorfestlegung auf das Bau Feld-West“. Denn: Vergleichende Analysen der beiden potenziellen Bau Felder liegen nicht vor. Ein tatsächlich „ergebnisoffenes Verfahren“, wie es von der Stadtregerung für die Bauleitplanung versprochen worden sei, würde bedeuten, dass auch das Bau Feld-Ost untersucht werden müsse, kritisierte Roland Wegner (V-Partei) in der Stadtratssitzung vergangene Woche.

Der Bund Naturschutz hatte zuletzt in einem Schreiben an Minister Blume eine „tatsächlich ergebnisoffene Prüfung der Standortalternativen ‚Ost‘ und ‚West‘“ gefordert. In der Antwort, die nun vorliegt, heißt es, dass die „geforderte ergebnisoffene Prüfung hinsichtlich des geeignetsten Standortes für den Neubau des Universitätsklinikums Augsburg bereits stattgefunden hat“.

Durch den Brief von Blume werde deutlich, „dass die grundlegende Standortentscheidung nach Auffassung des Ministeriums bereits im Juli 2024 intern getroffen wurde – also weit vor Beginn des formellen Bauleitverfahrens und ohne formelle Öffentlichkeitsbeteiligung“, kritisiert Dietmar Kuhlmann vom Bund Naturschutz. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage nach der politischen Glaubwürdigkeit. „Seit rund eineinhalb Jahren wird öffentlich betont, die Standortfrage werde im Bauleitverfahren nochmals ergebnisoffen geprüft.“ Jetzt werde deutlich, dass die Entscheidung intern schon gefallen ist, sagt Kuhlmann. Die Naturschützer halten aber „weiterhin eine transparente, rechtssichere und tatsächlich ergebnisoffene Prüfung der Standortalternativen unter Beteiligung der Öffentlichkeit für erforderlich“, betont er. „Aus unserer

Sicht darf das Bauleitverfahren nicht auf die nachträgliche formale Bestätigung einer bereits getroffenen Standortentscheidung reduziert werden.“

Verärgert reagiert auch ÖDP-Stadtrat Christian Pettinger: „Nur aufgrund der gebetsmühlenartig ständig wiederholten Behauptung, die Standortfrage werde im Bebauungsplanverfahren ergebnisoffen betrachtet, habe ich und sicherlich auch ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen dem Start des Bauleitplanverfahrens zugestimmt.“ Aus seiner Sicht wäre die Entscheidung „sicherlich anders ausgefallen, wenn das Schreiben Blumes an den Bund Naturschutz in der Sitzung bekannt gewesen wäre“.

Regierung von Schwaben soll Stadtratsbeschluss prüfen

Nachdem das Schreiben zudem auf drei Tage vor der Stadtratssitzung datiert ist, bestehe „die hohe Wahrscheinlichkeit“, dass Oberbürgermeisterin Eva Weber und Baureferent Steffen Kercher in der Sitzung den Inhalt des Briefs bereits kannten, vermutet Pettinger. In einer Anfrage an die Stadtregierung fordert der ÖDP-Stadtrat nun Aufklärung.

Gegen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan stimmten in der vergangenen Woche lediglich Bruno Marcon

(Augsburg in Bürgerhand) und V-Partei-Stadtrat Wegner. Letzterer kündigt an, die Einleitung des Bauleitplanverfahrens rechtlich von der Regierung von Schwaben prüfen zu lassen. Wegner sagt, dass den Stadträten bis zur Sitzung nicht alle entscheidungsrelevanten Unterlagen vorlagen. „Eine Beschlussfassung ohne vollständige und entscheidungsrelevante Unterlagen untergräbt die demokratische Entscheidungsfindung im Stadtrat“, so Wegner. Seiner Auffassung nach lag ein Lademangel und damit die Beschlussunfähigkeit vor.

Wegner kritisiert darüber hinaus, dass nach derzeitiger Informationslage „zusätzlich sogenannte kliniknahes Wohnen realisiert“ werden solle. Dieses erfordere mehr Fläche „und geht zulasten des bestehenden Klinikparks“. Besonders brisant sei dabei, dass der Neubau womöglich unter Beteiligung eines Privatinvestors erfolgen soll. Wegner findet, vor diesem Hintergrund dränge sich der Verdacht auf, dass „die Zerstörung des Klinikparks nicht primär aus medizinischen Gründen – etwa wegen eines angeblichen und bislang nicht belegten Zeitvorteils – erfolgt, sondern auch der Schaffung zusätzlicher, renditeträchtiger Wohnbauflächen für Privatinvestoren dient“. AZ